



**FDP-Fraktion im Kreistag
des Kreises Mettmann**



KREISTAGSFRAKTION

An den Vorsitzenden des Kreistages
Herrn Landrat Thomas Hendele
Kreishaus
40822 Mettmann

Mettmann, 26.09.2013

**Sitzung des Kreisausschusses am 10.10.2013 sowie des Kreistages am 14.10.2013
hier: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und FDP zur Solidaritätsumlage**

Sehr geehrter Herr Landrat Hendele,

die Fraktionen von CDU und FDP beantragen, den TOP „Solidaritätsumlage“ auf die Tagesordnung der Sitzungen des Kreisausschusses sowie des Kreistages aufzunehmen und den folgenden Beschluss zur Abstimmung zu stellen.

Beschlussvorschlag

1. Der Kreistag des Kreises Mettmann lehnt die Einführung der Solidaritätsumlage im Rahmen des Stärkungspaktgesetzes ab.
2. Der Landrat wird aufgefordert, alle gebotenen Möglichkeiten auszuschöpfen, um bei der nordrhein-westfälischen Landesregierung gegen die Einführung einer Solidaritätsumlage zu intervenieren.
3. Der Landrat wird gebeten darzustellen, welche Aktivitäten und Gespräche gegen die Solidaritätsumlage bisher schon aufgenommen wurden und noch geplant sind sowie Möglichkeiten zur Abwendung der Solidaritätsumlage aufzuzeigen.

Begründung:

Der Kreistag solidarisiert sich ausdrücklich mit den abundanten Städten im Kreis Mettmann und spricht sich entschieden gegen die Erhebung einer Solidaritätsumlage aus. Die Kompensation einer langjährigen Verschiebung von Aufgaben auf die kommunale Ebene und die damit einhergehende unzureichende Beachtung der Konnexität sowie die unzureichende Aufsicht seitens des Landes NRW darf nicht durch die zusätzliche Belastung sorgfältig wirtschaftender und damit erfolgreicher Kommunen erfolgen.

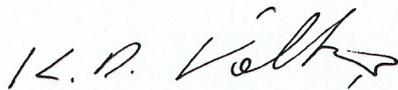
Das Land NRW hat jahrzehntelang durch eine unzureichende Finanzausstattung der Kommunen dazu beigetragen, dass die Stärkungspaktkommunen in ihre derzeitige Notlage geraten sind.

Alleine der Kreis Mettmann muss mit Solidarzahlungen von 67 Mio. € p.a. rechnen und soll somit über 1/3 der Solidaritätsumlage für ganz NRW schultern. Durch die beabsichtigte Solidaritätsumlage werden in NRW überwiegend kleinere und mittlere kreisangehörige Gemeinden zur Finanzierung von Großstädten herangezogen. Diese Systematik wird die betroffenen kreisangehörigen Gemeinden überfordern und damit die Bürgerinnen und Bürger im Kreis Mettmann unmittelbar belasten.

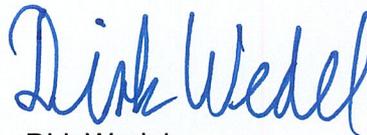
Die im Kreis Mettmann betroffenen Städte Haan, Hilden, Langenfeld, Monheim a.R. und Ratingen werden ihrerseits kaum noch in der Lage sein, ausgeglichene Haushalte aufzustellen und somit gezwungen zur Konsolidierung der Stärkungspaktkommunen Schulden zu machen. Mit Haan würde eine Kommune, die sich seit Jahren zwischen Nothaushalt und Haushaltssicherung bewegt, zu empfindlichen Millionenzahlungen herangezogen, die die Grundleistungserbringung in der Gemeinde in Frage stellt. Seit Jahren werden hier dringend notwendige Schulsanierungen sowie Neubauten aufgeschoben, während sich einzelne Stärkungspaktkommunen aufwendige Stadionneubauten und redundante Schwimmbäder inkl. deren Folgekosten leisten können.

Betrachtet man die im Gemeindefinanzierungsgesetz sowie die über Kreis- und Landschaftsumlagen bisher schon erfolgte Subventionierung finanzschwächerer Kommunen durch die vermeintlich leistungsfähigeren Kommunen, wird mit der Solidaritätsumlage ein Zustand erreicht, durch welchen der Bogen eindeutig überspannt wird.

Mit freundlichen Grüßen



Klaus-Dieter Völker
CDU- Fraktionsvorsitzender



Dirk Wedel
FDP-Fraktionsvorsitzender